

# Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

ZEITUNG FÜR TRIER, SCHWEICH, TRIERER LAND



**WAS MACHT EIGENTLICH? ...**  
Reiner Brinsa lief für Eintracht  
Trier in 700 Spielen auf. Seite 17

**IMMER. WENN ER PILLEN NAHM**  
Verbraucherschützer warnen:  
Viele Menschen greifen häufig  
zu Vitamintabletten. Seite 28



## ÜBERBLICK

### Wie viel Kultur kann sich Trier noch leisten?

**TRIER (red)** Krise über Krisen: Wie sich die Kultur in der Stadt Trier dadurch verändert. Ein Gespräch mit Kulturdezernent Nöhl. **Seite 23**

### Glasfaserausbau: Das sollten Sie wissen

**TRIER (red)** Der Ausbau mit einem Glasfasernetz verspricht ein schnelles Internet für alle. Was Verbraucher darüber wissen müssen, verraten Experten. **Seite 8**

### Das Versprechen auf den Frühling

**TRIER (red)** Der März hat die Menschen mit vielen Sonnenstunden verwöhnt. Der TV hat das Frühlingserwachen in Bildern festgehalten. **Seite 14**

### GEWINNZAHLEN

**Lotto:** 6 - 12 - 13 - 27 - 34 - 41  
**Superszahl:** 3  
**Super6:** 1 1 5 1 4 0  
**Spiel 77:** 2 8 0 2 9 3 8  
(ohne Gewähr)

### ZITAT

„Während die Aufmerksamkeit der Welt auf die Ukraine und die Auswirkungen dieses Krieges gerichtet ist, müssen wir uns auch mit dem afghanischen Volk solidarisieren.“

**Achim Steiner**  
Der Leiter des UN-Entwicklungsprogramms UNDP am Mittwoch während eines zweitägigen Besuches in Afghanistan.

### WETTER



**Seite 28**

## RUBRIKEN

GELD UND MARKT SEITE 6  
FERNSEHEN SEITE 25  
HÄGAR SEITE 24  
SUDOKU SEITE 24  
FREIZEIT SEITE 22  
FÜR KINDER SEITE 24

## KONTAKT

Anzeigen 0651/7199-999  
Abo 0651/7199-998  
Leserservice 0651/7199-0

kontakt@volksfreund.de  
Internet: www.volksfreund.de  
www.facebook.com/volksfreund  
www.twitter.com/volksfreund

Produktion dieser Seite:  
Heribert Waschbüsch

Einzelpreis 2,10 €, NR. 76



4 194971 102101 40113



## UNFALL

### Trier: Viele Verletzte bei Schulbus-Unfall

**TRIER (red)** Bei einem Unfall mit einem Schulbus sind am Mittwochmorgen an der Kaiser-Wilhelm-Brücke in Trier der Busfahrer sowie mehrere Kinder und Jugendliche verletzt worden. Elf Schülerinnen und Schüler sowie der Busfahrer seien mit Krankenwagen in die beiden Trierer Kliniken gebracht worden, sagte ein Sprecher der Stadtverwaltung. Es habe sich um Verletzungen wie Gehirnerschütterungen, Prellungen und Platzwunden gehandelt. Zur Unfallursache wurden noch keine Angaben gemacht. **FOTO: DPA**

**Lokales**

# Hohe Sprit- und Gaspreise machen Leben so teuer wie lange nicht

Die Verbraucherpreise im Land sind im März um mehr als sechs Prozent gestiegen. Ministerpräsidentin Dreyer: Geringverdiener müssen unterstützt werden.

VON BERND WIENTJES

**TRIER** Das Leben in Rheinland-Pfalz ist im März so teuer geworden, wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Laut Statistischem Landesamt sind die Preise innerhalb eines Jahres um 6,6 Prozent gestiegen. Gegenüber Februar wird eine Preissteigerung von mehr als zwei Prozent registriert. Hauptpreistreiber waren, wie schon in den vorangegangenen Monaten, die gestiegenen Energiekosten. Wegen des Ukraine-Krieges und den damit zusammenhängenden Unsicherheiten bei Gas- und Öllieferungen sind Sprit, Heizöl und Gas aber so teuer geworden, wie lange nicht mehr. Beim Heizöl hat es eine regelrechte Preisexplosion gegeben. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes ist Öl innerhalb eines

Jahres mehr als doppelt so teuer geworden, die Kraftstoffpreise sind um 48,4 Prozent gestiegen, Gas verteuerte sich um 17,4 Prozent. Allein von Februar bis März sind die Spritpreise um 22,5 Prozent gestiegen.

Und noch immer verharren die Preise an den Zapfsäulen auf sehr hohem Niveau. Der Liter Super kostete am Mittwoch in Trier unverändert im Schnitt 2,23 Euro und war damit genauso teuer wie Diesel. Der Heizölpreis hat sich etwas erholt und lag am Mittwoch zwischen 1,30 und 1,50 Euro je Liter.

Für Unsicherheit sorgte am Mittwoch die Ankündigung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), die Frühwarnstufe des sogenannten Notfallplans Gas in Kraft zu setzen. Deutschland bereitet sich damit auf einen möglichen Gas-

Lieferstopp Russlands vor. Habeck betonte aber auch: Aktuell gebe es keine Engpässe.

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) sagte am Mittwoch im Landtag, dass vor allem Menschen mit geringem Einkommen angesichts der gestiegenen Energiepreise Unterstützung bräuchten. Aber auch die Wirtschaft im Land sei auf „verlässliche und bezahlbare“ Energielieferungen angewiesen. Auch die Präsidentin des rheinland-pfälzischen Sparkassenverbands, die frühere Bernkastel-Wittlicher Landrätin, Beate Läsch-Weber, zeigt sich besorgt über die rasant steigende Inflation. Die Teuerung treffe Menschen mit niedrigem Einkommen besonders stark und gefährde wegen des Risikos einer Lohn-Preis-Spirale die

wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Pandemie, warnte sie.

Die Preissteigerungen beim Gas werden sich ebenso wie die beim Strom bei vielen Verbrauchern wohl erst später bemerkbar machen (Strom ist bislang um mehr als drei Prozent teurer geworden). Immer mehr Menschen könnten ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen und ihnen droht Stromsperren, sagt der rheinland-pfälzische Sozialminister Alexander Schweitzer (SPD). Vor allem Geringverdiener stünden bei drohenden Nachzahlungen vor Problemen. Daher will er mit den Energieversorgern im Land vereinbaren, dass diese bei Zahlungsverzug der Kunden nicht direkt den Strom abklemmen oder Inkassobüros beauftragen. **Themen des Tages Seiten 2,6,7**

# Malu Dreyer: „Aufnahme von Geflüchteten ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe“

Das Land will die Plätze für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine weiter ausbauen. Das hat die Ministerpräsidentin am Mittwoch in einer Regierungserklärung angekündigt.

VON SEBASTIAN STEIN

**MAINZ** Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) hat die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine als „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ bezeichnet. Die Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger sei enorm, sagte sie in einer Regierungserklärung am Mittwoch in Mainz. „Rheinland-Pfalz zeigt sich hier erneut von seiner allerbesten Seite.“ Das Land sei darauf vorbereitet, den Geflüchteten einen sicheren Ort zu bieten. Die Anzahl der Plätze in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes solle um mehrere Tausend weitere Plätze ausgebaut werden, so Dreyer. In den Aufnahmeeinrichtungen leben derzeit 4300 Menschen,

darunter 1700 Ukrainer. Seit Beginn des Krieges am 24. Februar sei die Zahl der verfügbaren Plätze von 3300 auf 6650 erhöht worden. Für die Unterbringung hatte das Land insgesamt 50 Millionen Euro für Kommunen und Erstaufnahmeeinrichtungen bereitgestellt. Viele Geflüchtete sind in den vergangenen Wochen allerdings auch privat bei Bekannten, Familien oder Engagierten untergekommen.

Die Unterbringung sei allerdings nur der erste Schritt, sagte Dreyer. „Um gut anzukommen, braucht es einen Weg in den Alltag.“ Jedes Schulkind dürfe in Rheinland-Pfalz die Schule besuchen. 2000 ukrainische Kinder gingen bereits in die Schule. Deutschintensivkurse sollen

laut Ministerpräsidentin eingerichtet werden. Bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier ist eine Hotline eingerichtet worden, bei der sich Schulen und ukrainische Lehrkräfte melden können.

Zur Integration in den Arbeitsmarkt stünden die zuständigen Ministerien mit den Kammern und der Bundesagentur für Arbeit im engen Austausch, sagte Dreyer. Auch die gesundheitliche Versorgung würde durch Corona-Tests und -Impfungen sichergestellt. „Die Aufnahme und Integration ist und bleibt ein großer gemeinsamer Kraftakt“, stellte die Ministerpräsidentin klar. Auf der zweisprachigen Website [ukraine.rlp.de](http://ukraine.rlp.de) hat das Land Informationen für Geflüch-

tete sowie Ehrenamtliche bereitgestellt. Auch Oppositionsführer Christian Baldauf (CDU) sprach Bürgern, Verbänden und Vereinen, die sich um die Unterbringung von Flüchtlingen kümmern, seinen Dank aus. Man müsse den Menschen unbürokratisch und schnell helfen. „Dennoch müssen wir wissen, wer zu uns ins Land kommt und wo die Menschen bleiben“, sagte Baldauf. Es brauche deshalb eine ordentliche Registrierung der ankommenden Flüchtlinge. Baldauf forderte Schutzstellen an Bahnhöfen, an denen Flüchtlinge eintreffen – „um zu verhindern, dass Straftäter die Situation für ihre Zwecke ausnutzen“. **Themen des Tages Seite 7**



## Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen Pfarrer

**SAARBRÜCKEN/TRIER (kat)** Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken hat Anklage wegen des Verdachts der sexuellen Nötigung gegen einen Pfarrer im Ruhestand erhoben. Der Angeschuldigte war katholischer Pfarrer im Saarland und soll 1997 einen 14-jährigen Messdiener sexuell motiviert unangemessen berührt und dazu körperliche Gewalt angewendet haben. Der Geschädigte soll sich gewehrt haben und schließlich geflüchtet sein. Das Verfahren geht zurück auf eine Strafanzeige des Bistums Trier, nachdem der Geschädigte Angaben gegenüber dem Erzbischöflichen Offiziatat Köln gemacht hatte. Der Beschuldigte bestreitet die Tat.

Der Pfarrer ist bereits mehrfach wegen sexuellen Missbrauchs angezeigt worden. Die Staatsanwaltschaft ermittelte mehrfach, stellte die Verfahren alle ein, meist wegen Verjährung. In einem Fall soll der Beschuldigte 2006 ein Teilgeständnis abgelegt haben (der TV berichtete).

Brisant ist, dass der Fall in die Zuständigkeit von drei heute amtierenden Bischöfen fällt, dem heutigen Kardinal Reinhard Marx, dem Chef der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing (Limburg), und Bischof Stephan Ackermann. Die drei Bischöfe haben mehrfach eingeräumt, dass im Umgang mit den Missbrauchsvorfällen in dem Fall Fehler passiert seien.

## Tödlicher Unfall auf der B 410

**ARZFELD/IRRHAUSEN (red)** Bei einem Verkehrsunfall am Mittwoch ist ein Autofahrer gestorben. Er war auf der B 410 in Fahrtrichtung Irrhausen (Eifelkreis Bitburg-Prüm) unterwegs, als er aus bisher ungeklärter Ursache nach links von der Fahrbahn abkam und eine Böschung hinunter fuhr. Der Fahrer wurde anschließend leblos in seinem Auto vorgefunden.

An der Unfallstelle wurde zunächst noch eine Reanimation versucht, doch kam jede Hilfe zu spät.

## Regierung beruft Gas-Krisenstab ein

**BERLIN (dpa)** Die Bundesregierung bereitet sich angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine auf eine erhebliche Verschlechterung der Gasversorgung vor. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) setzte deswegen am Mittwoch in Berlin die Frühwarnstufe des so genannten Notfallplans Gas in Kraft. Dies diene der Vorsorge. Die Versorgungssicherheit sei weiterhin gewährleistet. Nach dem Notfallplan gibt es drei Krisenstufen: Frühwarnstufe, Alarmstufe und Notfallstufe. Erst in der Notfallstufe greift der Staat in den Gasmarkt ein. Haushaltskunden wären dann besonders geschützt. **Themen des Tages Seite 2**